

Der Mainstreamjournalismus

Die Fakten: In Griechenland wurden die Staatsausgaben seit Beginn der Krise 2008 um 30 % gesenkt. Die Wirtschaft ist um 26 % geschrumpft. 300.000 Beamte und Beamtinnen wurden entlassen oder nicht nachbesetzt. Fast 3000 von ihnen übrigens unrechtmäßig, wie der Griechische Verfassungsgerichtshof entschied. 40 % aller öffentlichen Krankenhäuser wurden geschlossen und die Hälfte der 6.000 Ärzt_innen entlassen. Die internationalen Geldgeber_innen haben den griechischen Staat gezwungen, für Gesundheitsausgaben maximal 6 % des Bruttoinlandsprodukts zu verwenden. Im EU-Schnitt sind es 8 %, in Deutschland 10 %. Über drei Millionen Griech_innen haben keine Krankenversicherung mehr. Jeden Tag, so griechische Ärzt_innen, sterben hunderte Menschen, weil sie keinen Zugang mehr zu ärztlicher Versorgung haben. Die Arbeitslosigkeit ist von 7,6 % im Jahr 2008 auf 27 % gestiegen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei fast 60 %. Der Mindestlohn beträgt 586 Euro, annähernd 40 % der Beschäftigten verdienen nicht mehr. Die Suizidrate ist um 36 % gestiegen.

In Irland verdienen Beamt_innen um 14 % weniger als vor der Krise. Mindestlohn und Renten sind um 12 % gesunken, Zuschüsse für Menschen mit Behinderung wurden gestrichen, das Arbeitslosengeld gekürzt. Die Arbeitslosigkeit liegt bei 12 %, die Jugendarbeitslosigkeit bei 22 %. Das BIP sank seit 2009 um 14 %.

In Portugal wurden die Gehälter der Beamt_innen um 24 % gekürzt, ebenso die Renten. Kollektivverträge wurden abgeschafft. Weniger als 6 % der Beschäftigten haben noch eine Tarifvereinbarung. Der Mindestlohn beträgt 565 Euro, die Arbeitslosenquote liegt bei 16 %, die Jugendarbeitslosigkeit bei 35 %. Jede Woche verlassen 2.000 Portugies_innen das Land. 2030 wird Portugal nur noch sechs Millionen Einwohner_innen haben, ein Drittel weniger als heute.

In Spanien liegt die Arbeitslosenquote bei über 25 %, bei der Jugendarbeitslosigkeit ist das Land mit fast 54 % Spitzenreiter in der EU. Das BIP sank im Vergleich zu 2008 um 12 %. Der festgesetzte Mindestlohn beträgt 757 Euro.

Seit der Wahl der neuen Regierung in Griechenland scheint es so, als ob zumindest die deutschsprachigen Medien diese Fakten vergessen hätten. Wenn sich zum Beispiel die griechische Regierung dafür einsetzt, die zu Unrecht Entlassenen (vor allem Reinigungskräfte) wieder einzustellen, um so dem Spruch des Verfassungsgerichts zu entsprechen, hat sie nicht nur mit dem Widerstand der internationalen Geldgeber_innen zu kämpfen, sondern auch der Aufschrei der europäischen Medien ist groß.

Es ist vom Sparenmüssen die Rede, nur ja keine neuen Schulden, Strukturreformen müssen vorangetrieben werden. Jeder Vorschlag, der Krise und vor allem auch der humanitären Katastrophe in den am meisten betroffenen Ländern entgegen zu treten, wird mit dem Argument, es gäbe keine Alternative zur rigiden Sparpolitik, abgetan. Es scheint, als hätte sich Margaret Thatchers Dogma „there is no alternative“ auch bei Journalist_innen durchgesetzt. Der Nobelpreisträger Paul Krugman schreibt in diesem Zusammenhang vom „closed mind problem“. Es zählen nicht mehr die Fakten, über Alternativen wird nicht mehr nachgedacht und diskutiert, sondern es herrscht die persönliche Meinung, das, an was man glauben will, und nicht mehr eine Meinung, die man sich durch Betrachtung und Analyse von Tatsachen bildet.

In den Medien herrscht inzwischen diese „Mainstream-Berichterstattung“ vor, nicht nur in Bezug auf die hier beispielhaft erwähnte Wirtschaftskrise. Der Lüge der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX über „die neue Grausamkeit“ der - wie sie es nennt - „Schlepperbanden“, die Flüchtlinge übers Mittelmeer bringen, sie würden knapp vor Ankunft die Schiffe verlassen und die Menschen an Bord so ihrem Schicksal überlassen, ist fast die gesamte Medienlandschaft aufgefressen. Auch nachdem engagierten deutschen Reporter_innen die Entlarvung dieser Lüge gelungen ist und sich gezeigt hat, dass die Fluchthelfer_innen an Bord das genaue Gegenteil geleistet haben, nämlich dem Grenzschutz geholfen haben, Menschen und Schiff sicher in den Hafen zu bringen, findet es kaum ein Medium

notwendig, die eigene Berichterstattung zu korrigieren. Diese Art der Berichterstattung gefährdet das demokratische System nicht minder denn diese Art Politik zu machen. Der Anfang März verstorbene Medienwissenschaftler Kurt Imhof, der unter anderem journalistische Erzeugnisse und deren Auswirkungen auf die demokratische Öffentlichkeit untersucht hat, stellte einen direkten Zusammenhang zwischen Qualitätsverlust im Journalismus und dem Ansteigen von demokratiefeindlichen Tendenzen her. Die Lehre der letzten Monate (und Jahre) muss leider sein, dass die Qualität der journalistischen Berichterstattung nicht nur durch massive Einsparungen der Verlagshäuser und Herausgeber_innen, durch Stellenabbau und Unterbezahlung erfolgt, sondern dass dieser Qualitätsverlust auch in den Köpfen der Mainstream-Journalist_innen stattfindet. Diesem Thema wird sich FREIRAD übrigens auch am 22. Mai 2015 bei einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema Medien in der (Post-)Demokratie widmen. Zu Gast wird der Journalist und Autor Robert Misik sein.

Markus Schennach